

Die Sanitätswarthe

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldstr. 21. **Amtsverredner:** Amt VI, 6188.
Redakteur: Emil Dittmar.

Berlin,
den 26. Februar 1909.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ vierter
jährlich durch die Post ohne Beifall 2,- M.
Bezahlungsliste Nr. 3161.

Inhalt.

Wie soll unsere Organisationsarbeit im neuen Jahre verlaufen? Wie ist das Heil- und Pflegepersonal für die Organisation zu gewinnen? Die Vorbildung des Arbeitsergebnisses durch den Sozial- und Logiszwang. Bildungskommission für das Bade-
arbeiter-Aus der Praxis. Aus unserer Bewegung. Stand
Briefschriften.

Wie soll unsere Organisationsarbeit im neuen Jahre beschaffen sein?

Unser Appell in Nr. 2 der „Sanitätswarthe“ hat aus eifreiem Hause bereits einen Artikel und Zuschriften eingetragen. Mit vorliegender Arbeit eröffnen wir die Diskussion. Wenn wir uns auch nicht in allen Einzelheiten mit dem Einfluss einverstanden erklären können, so lehnen wir es dennoch ab, bei jeder abweichen den Meinung in diesem wie in nachfolgenden Artikeln ausdrücklich unseren Standpunkt zu präzisieren. Nur so weit fällt die Richtigstellung ein, was erforderlich sind, werden wir diese zum besten geben. Am übrigen kommen wir falls erforderlich bei Studium der Diskussion zufriedenfassend auf das Thema zurück. **Die Redaktion**

Wenn wir — wie in Nr. 1 der „Sanitätswarthe“ aushaben — mit unserer Organisationsanstaltung vom verlorenen Jahre zurückblühen, so kann man wohl sagen: „Wie war's nicht, was wir geleistet haben!“ Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, Zebler, die man gemacht haben, zu erkennen, um sie zu vermeiden. Wenn ich hier von Zebler spreche, so ist damit nicht gemeint, daß wir mit unserer Organisationsarbeit an verschiedenen Stellen vorbei gehen haben, sondern daß wir vieles unterlassen haben, was hätte erledichen können.

Der Pflegerstand ist nur aus allen Berufsstufen zusammen, zu einem Teil aus Leuten, die in ihrem Beruf nicht mehr recht weiter kommen und nun in der Anstalt ein Unterkommen gefunden haben; zum anderen Teil aus Leuten, die die Krankenpflege nur vorübergehend betreiben, bis sich wieder eine Belegschaft findet, in den alten Beruf zurückzugehen. Solche Leute zu organisieren, ist schwer, und wenn man dies besser, als gerade derjenige, der mittler in der Altenarbeit steht, hier hört man in viel Vorurteile und traditionelles Achtung, daß man oft verzweigt werde. Dieser Punkt ist meines Erachtens noch lange nicht genug begründet worden.

Den Vertrauensleuten muß hier mehr leicht verständliches Material in die Hand gegeben werden. Zeitungsartikel und Klugblätter, die für andere Arbeiter ohne weiteres verständlich sind, für einen Pfleger sind in dies noch lange nicht. Man vergibt zu oft, daß unsere Organisation noch in den Kinderschuhen steht, und daß man zu Minder ganz anders predigen muß, wie zu etlichen Leuten.

Wie oft habe ich schon hören müssen: „Bon dem, was du wollt, verstehe ich doch nichts!“ Ich meine nun, was man nicht versteht, man: einem gehorbt werden, und wenn die Kollegen unsere Sprache nicht verstehen, so muß man in ihrer Sprache mit ihnen reden. Es sollten mehr Blätter unter die Kollegen gebracht werden, in denen überaupt — mit die ganze Misere unseres heutigen Wirt-

shaftswesens betrachtet wird; in leicht faßlicher Form natürlich. Wenn man die Mützen über die unüberbrückbare Lücke, die zwischen arm und reich besteht, gründlich aufgelöst hat, dann sollte es weniger Mühe noch nicht in dieser Form, die Kollegen zu organisiern.

Bei Aufklärung muß es also im neuen Jahre heißen. Und sollte man auch hier nicht allgemein vorgehen, sondern man muß die Frauen, die oft noch viel ruhiger sind wie die Männer, besonders berücksichtigen. In Mainz wurde entzücklich unserer Programmberatung anerkannt, daß da die Frauen dieselben Pflichten haben, demnach auch dieselben Rechte, das heißt denselben Lohn fordern sollten. Bis jetzt ist in dieser Sicht aber noch nichts getan. Also, mehr Aufklärung unter den Frauen und mehr Bildungsberechtigung für dieselben! Vor einigen Jahren verfuhr ich, der „Gleichheit“ unter den Kolleginnen Eingang zu verschaffen. Es ist mir dies auch so ziemlich gelungen, so daß nach verhältnismäßig kurzer Zeit 15 Pflegerinnen auf die „Gleichheit“ abonniert waren. Durch den ewigen Wedel, der unter dem Pflegepersonal herübt, ist die Sache dann später wieder ein. Doch habe ich daraus die Gewissheit gewonnen, daß auch die Pflegerinnen für gute Löhne zu interessieren sind. Es würde ja dann noch vielleicht loben, wenn man unsere Kolleginnen die „Gleichheit“ gratis liefert. Ein Vorteil wäre es auf jeden Fall, wogen die paar Mark Mehrausgaben gar nicht ins Gewicht fallen.

Der Kollege Bürger machte in Mainz den Vorschlag, eine Reichssection für das Pflegepersonal zu gründen. Damals wurde der Vorschlag abgelehnt. Ich glaube aber doch, daß wir da bei nicht so schlecht gekommen waren. Warum der Vorschlag keine Begeisterung fand, war wohl der Kostenpunkt. Ich meine aber, wir hatten damals heute schon eine Mitgliederzahl, die die Kosten ganz allem aufzubringen könnte. Wenn ich auch nicht auf dem Standpunkt stehe, daß die Pfleger, weil sie eben „herren“ und keine Arbeiter sind, von den anderen städtischen Arbeitern getrennt werden müssten, so hatten wir aber bei einer Reichssection den Vorteil gehabt, daß wir die große Zahl der Pfleger in den Privatanstalten leichter für uns gewinnen hätten, wogegen es heute, wo die öffentlichen Anstalten mitbearbeiten, ungemein schwierig ist, gerade diese Kollegen zu gewinnen. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir heute eine Organisation hätten, die es wohl wagen könnte, ein Wortchen mitzureden.

Die Frage, ob jetzt die Situation zur Bildung einer Reichssection noch so günstig ist, möchte ich dagegen verneinen, denn einmal ist es verfehlt, alle paar Jahre die Organisationsform zu wechseln, zum anderen dürfen auch die Filialen, die sich den Krankenpflegern besonders gewidmet haben, schon so weit in die Materie eingedrungen sein, daß ein besonderes Eingreifen seitens des Verbandsvorstandes nur neue Bewirrung in den Köpfen der Kollegen anrichten könnte.

Vielleicht findet auch der Dresdener Verbandstag Mittel und Wege, wie man das Pflegepersonal besser unter einen Hut bekommt. Besser wäre es allerdings, wir warten nicht erst auf den Verbandstag, sondern wir, die Krankenpfleger selbst, finden und finden den Weg, um vorwärts zu kommen. Wenn die Frauenvolksleute angeschaut würden, viertel oder halbjährlich ihre Berichte in der „Sanitätswarthe“ abzugeben, so würde das Interesse unter den Kolleginnen nicht abwarten; es würden mehr

Meinungen ausgetauscht werden können, einer versucht es dem anderen zuvor zu tun, und die Arbeitslust und das Interesse würden in der Allgemeinheit steigen.

Hebräumt halte ich es für die beste Agitation, wenn der Kolleg zu dem Molligen spricht. Hierzu ist aber die „Sanitätswarte“ ganz besonders gut geeignet; denn der Pfleger, der die „Gewerkschaft“ ablebt zur Seite wirkt, weil das ja doch nur für „Arbeiter“ ist, wird die „Sanitätswarte“ nicht übersehen. Außerdem könnte es nichts schaden, wenn die „Sanitätswarte“ mehr Sozialpolitisches bringt. Wenn auch die „Gewerkschaft“ in dieser Hinsicht Vorfährtliches leistet, so darf man immer wieder nicht vergessen, daß die „Gewerkschaft“ von den Pflegern weniger beachtet wird.

Es wäre wünschenswert, wenn hier dieser oder jener Kollege finden würde, der zu dem hier Gesagten seine Meinung aufstellt würde, es wäre dann soon der Anfang zu dem mir Angestammten getan. Also mit neuem Mut an die Arbeit im neuen Jahre!

E. GL. Herzberger.

Wie ist das Heil- und Badepersonal für die Organisation zu gewinnen?

Das ist eine schwierige Frage, weil keine Berufsgruppe so leicht zu organisieren ist, wie andere, und unser Beruf aus Überlaufen ander Beruf besteht. Denn diese Leute machen in seinem Beruf auch schwer die Organisation zu haben. Die unterschiedlichen Weisen zu organisieren, ist wirklich schwer. Wenn die Leute nicht oftmals einen derartigen Standesdünkel befürchten, welcher darum zu nehmen ist, wäre es ein leichtes, einen Vorstand zu machen. Bei diesem Standesdünkel muß aber nun der Stolz angefechtet, und an dessen Stelle muss edle Mitleidigkeit und Stolzlosigkeit erzeugt werden. Als Solidarität wird es dann auch nicht fehlen. Eine gute mundliche Agitation von alten bekannten Kollegen hat wohl sehr guten Erfolg. In den Versammlungen sind Fachwissenschaftliche Vorträge von Werken zu halten, um den Leuten etwas Orientiertes zu bieten; Gewerkschaftliches folgt nach! Die Stolzen sind nicht zur Agitation verpflichtet darum, daß wir einen Gemeindearbeiterverband unterstehende Nebenorganisation schaffen. Wenn es dann nicht vorwärts geht, kommt wir dem der Behauptung entgegen, daß wir als einzige Organisation besseren Aufgang hätten.

Auch ist unsere Stellung vermittelnd sehr gut anzusehen, und zwar in jeder großen Stadt zu verbessern, denn eine Erziehung, wie andere, wo die meisten erst kommen, wenn sie arbeitslos sind, auch wenn etwas erschaffen können. Damit kommen wir sehr gut entdeckt.

Die „Sanitätswarte“ muß, in dem beginnenden Stand der Mitglieder mehr Menschen zu tragen, aber etwas „Votates“ aufnehmen und nicht alles zurückzuziehen, als für die Allgemeinheit nicht passen. Zeit unter dem neuen Vereinsvorsitz müssen auch wieder Vorträge in unserer Partei kommen.

kleine Ausführungen sollen mir Anregungen widerholen, was ich hier oft höre und lese. Robert Uhly, Bademerter.

Die Gefährdung des Arbeitsverhältnisses durch den Kost- und Logiszwang.

Um Begründung zu denjenigen Verhältnissen einzurichten, die ein Unternehmen, die den Stoff und Zeitertrag und die Wirkung haben, den Arbeiter zum Schaden seines Arbeitsverhältnisses zu arbeiten, ihn an die Stelle zu stellen, bei dem Stoff und Logiszwang derjenigen abhängen, welche eine angenehme Wirkung. Der bestreite Stellvertreter der zufällig Zwecke unterstellte Arbeiters ist ja nun nicht aussichtsreich auf den Stoff und Logiszwang zu reagieren. Daher soll die jüngsten Arbeiter, Kaufmänner und Kaufleute noch das Beibringen, sich von der Welt voneinander einige Freiheit der zentralen Unternehmer anzusehen und die verschiedenartige Handhabung ihres Musters kennen zu lernen. Aber wenn die Gewerkschaft der gewerkschaftlichen Stellen nicht zufrieden trug, so kann dieses Beispiel manches bei-

... Das Stellen ist in hier falsch unterrichtet! Wie ist von mir eine auch mir eingeräumte angemessene Entlohnung zuordnen zu wollen? Am Gelehrten haben wir stets beweisen, daß für die „Sanitätswarte“ im Gegensatz zur „Gewerkschaft“, ja wenige Einschätzungen erfolgen. Daraus ergibt sich folgender Appell:

St. 2 c 3

Die Redaktion

Doch davon abgesehen, bildet der Stoff und Logiszwang in sich eine unvermeidbare Quelle fortwährender Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer, die das Arbeitsverhältnis recht unerträglich gestalten, bis sie zu plötzlichen Lösung desselben führen und in der Regel noch zur Klage vor dem Gewerbege richt. Dabei macht es keinen erheblichen Unterschied, ob Privatunternehmer oder Stadtgemeinden.

Hebräumt, wie das Arbeitsverhältnis mit dem Stoff und Logis zwang verfloppelt ist, steht es von vornherein am Nieren Bereich der Veränderung der Arbeitsbedingungen. Dazu werden allerlei jetzt oft widerstreitende Abmachungen unter der Hand getroffen, so daß an Stelle des Arbeitsvertrages die Willkür des Unternehmers maßgebend ist. Der Stoff und Logiszwang wirkt in der patriarchalischen Anwendung des Arbeitsverhältnisses, die Unternehmer und Arbeitnehmer nicht als gleichberechtigte Faktoren des Arbeitsvertrages gelten läßt, sondern dem einen Teil die Macht des „Vater baren“ gewinnt, dem Arbeiter die als Macht derselben. Diese recht veraltete Auffassung findet sich noch in fast allen Betrieben.

Eine zweckfreie Vereinbarung der Arbeitsbedingungen kann nicht bei dem Stoff und Logiszwang überhaupt nicht reichen, da der Wert der freien Stunde“ unbestimmt und unbekannt ist. Der Markt Preis des Stoff kann unter Umständen höher sein, als der durch Absicherung und Darstellung veränderte Gewinn der Betrieb; denn der Stolz und Gewinn des Unternehmers kann eine manchmal zu bereitete oder angesetzte für die gebotene Speise erhältlich nicht besser bezahlen. Selbst einsame Zonen sind für ihn wertlos, wenn sie ihm nicht zu nutzen. Der Gewinn ist verändert, das der Stoff und Logiszwang nicht so zufrieden“ sein. Einem einzelnen Betrieb kann er manchmal ohne weiteres seine vorhandenen Unternehmer anpassen. Das muß also offen aber zeitigt noch男子 Rangel, die von uns anzuhaltend Mal, nadurchdringen werden.

Der Unternehmer hält sich als Rentner nicht verpflichtet, seinen Einfluss zu nutzen. Wenn er es doch auf dem Fleiß abends machen nicht so genau zu nehmen pflegt, so hält er doch am mittleren Beginnen der Arbeit seiner Beschäftigten. Zum ist die Arbeitszeit der Stoff und Logiszwang befindet kann. Sieht der Arbeiter den Stoff und Logiszwang, er kann es auf manch lange aufzubalten, um früh nach Hause zu kommen. Dann kann es bei einem kleinen Betrieb einmal vorkommen, daß er die Zeit verschlafen, und er stirbt in einer Form. Dieser Möglichkeit ist ein zu leichter weicht oder nur nicht ausgenutzt, wenn er manch Betriebnehmer in Voraus ist. Als Einflusser eines Betriebes erhält er die der letzten den Kaufmännischen Bewertung aufzunehmen hat. Nur er zu lange darauf wartet, kann ihm das Unternehmen nicht mehr sein Vorteile verleihen. So kann bei Miettag und Abendzeit, so haben ihm noch eine ganze Anzahl Arbeitnehmer Vortreffliches, durch die das Arbeitsverhältnis beeinträchtigt wird. Alle modifizierten Differenzpunkte aufzuzählen, würde zu weit führen. Den neuen Arbeitgeber auf Stoff und Logiszwang anzuweisen bedarf mich nicht, da er gut bekannt.

Das vom Unternehmer nicht jedwande besser, das ist die einzige Sicherheit, die wir uns nicht unbedingt zu wünschen. Vor gesehen, das mit dem Stoff und Logiszwang verbundene sind, mit dem ersten durch die Arbeitgeber vertraglich abgesicherte und durchaus nicht zu ändern haben, um ihrer Zweckmäßigkeit, das mit dem Arbeitsverhältnis inneren und äußeren. Die dem Stoff und Logiszwang entsprechenden Differenzen führen meist zu gloriosen Verhältnissen des Arbeiters abhängen, die den Arbeiter um so schwer trifft, da er dann nicht am arbeitslos, sondern gleichzeitig auch obdachlos ist. Wenn doch wird ihm der Miettag noch erhalten, so daß er beim Gewerbegericht mit einem Stich richten muß. Am Anfang ist Angestellte, aber erfordert sich das Gewerbegericht nicht einmal im geringsten.

Ein ziemlicher Betrieb ist nicht nur den Unternehmern nicht gerade angenehm befindet, wenn er ohne Zeit zum einen freundlichen Arbeiter verkehrt infolge seiner mehr paupieren Gewissheit als Stoff und Logisgeber.

Somit die Unternehmer trotz aller Raumbedürfnissen, die der Stoff und Logiszwang auch im Stoff und Logiszwang, nämlich nicht räumen lassen wollen, so spielt hier einmal die Gewissheit eine Rolle mit und außer der heimlichen Profit und aus das Betreiben „Herr im Hause“ zu bleiben. Bekanntige Vorträge durch die Angehörigen haben in dieser Beziehung nur wenig. Der von der Arbeitersorganisation ausgehende Widerstand gegen den Stoff und Logiszwang beim Unternehmer auch nicht

genau sein, um diesen Zwang besiegen zu können. Schon im Interesse einer größeren Sicherung und unbehinderten Gestaltung des Arbeitsverhältnisses müssen die Gewerkschaften es sich angelegen sein lassen, den Kampf gegen den Rost und Logis zwang mit alter Energie zu führen. Je stärtiger die Organisation, je zahlreicher ihre Mitglieder, desto eher wird es ihr gelingen, diesen laitigen Zwang zu besiegen. Die Besiegung wird sich erst dann dazu bequemen, diesen Zwang zu verbieten, nachdem sie den Gewerkschaften in der Hauptstadt gelungen ist, sich davon zu machen.

Schlichtungskommission für das Badegewerbe.

Erschienen vom 22. Januar 1909.

Anwesend sind ferner der Arbeitgeber die Herren Dahl, Mohr, Adenauer, Bauer; von den Arbeitnehmern die Kollegen Meissner, Schenck, Ensel, Dittloß. Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Kollege Werner die Frage auf, ob etwa die vom „Verein der Badearbeitgeber Berlin und der Vororte“ erfolgte Absonderung eines Tarifabschlusses mit unserer Zeitung sich auch auf diese Mitglieder in der Sozialaufgabenkommission erstreckt. Herr Dahl, Vertreter des genannten Vereins, bestätigt dies und erklärt, daß bei Streitigkeiten mit Mitgliedern seiner Gruppe die Vertreter des Verbandsabschluß von der Beratung ausgeschlossen seien. Darauf wurde erwidert, daß unsferierte dann kein Interesse an der Zusammensetzung vorliege und unsere Vertreter sich entfernen würden. Herr Adenauer von der „Arbeitsberatung der Badearbeitgeber“ erwiderte nicht ebenfalls gegen die Errichtung des „Vereins“; er sagte, wenn das so geschehen werden soll, dann mache er nicht mit. Nach einer Sonderberatung der „Vereins“-Vertreter verständigte man sich darum, die Streitfrage dem Eingangsamt des Berliner Gewerberats zu unterbreiten.

Zu Bertrandau standen die Befürfe gegen die Beimutung von Färsi, welche das Arbeiten im Pflügtheit verbietet. Die Pfade anstrengender Fahr führt. Münzel und Meister haben trotzdem am Pflügtag des zweiten Jähres ihre Amtstallen geöffnet. Der Ligenomme will nicht akzeptirt haben, daß er solchen müßte. Einwohner hat ihm die Färsi darum thun gemacht, woran er auch nicht gedachten zutheile. Herr Bräsig verpflichtete sich schriftlich, den Färsi furtur einen eingeschalteten. Herr Münzel bestreit den ihm von Teitloff aufgebrachter Vorwurf, wonach er seinen Bademeister zu haben am Pflügtag angehalten und auf diese Art erzwingt erstellt haben soll. Der voradelige Bademeister sagt das gleiche an. Münzel das und unternimmt seine am Tage vorher verordneten unternehmerten Schundmaßen, die er selbst als schamhaft hält. Der Bodenbauschiefer Reimers hieß, daß darauf eine Zeitaufschluss Teitloff beantragte mit Nachdruck darum, die Zehntausendstausendfünfhundert wiedereholt noch mit Reimers Absichten mußte aus dieser überhaupt ebne Nachdruck auf den Färsi außerhalb verhindert, die ganze Zache der Weidverbrennung der Wanstallfassen zu überwerfen. Meister spricht indes an, wenn eines holden Vergibens den Amtstheiner den eventualität ausschließen, daß ihm die Wanstallfassen zerfressen anzusehn werden. Die Beimutung war anderer Meinung und solches gewa eine Stimme die Heberfeier an die Weidverbrennung der Wanstallfassen. Die Amtstheiner Bräsig und Münzel erhielten einen Beweis; ferner wurden ihnen die Stöffer zu die Abberden abe auferlegt.

Haus der Praxis.

Reflexion auf Erweiterungen verschiedener Gesäßgebiete bewirkt, wodurch die Blutverteilung geändert und die Widerstände im Kreislauf entsprechend reguliert werden. Man ist daher in ärztlichen Kreisen allmählich zu der Meinung gelangt, daß außer in Fällen hochgradiger Herzschwäche kein Bedenken gegen die Verwendung von Noblenfaurebaden vorliege. Gleichwohl lehnen die ärztliche Praxis dar, diese manchen Patienten nicht nur nicht nützen, sondern so schlecht bekommen, daß sie nicht zur Fortsetzung der Kur zu bewegen sind. Direkt verfestigende Wirkungen haben sich ausdrücklich bei Personen, die an nervösen Herzschwächen litten, gezeigt. Die Symptome solcher Zustände, wie labilem Atemnot, kurze Herzschmerzen und Herzstillstände bei normalem Herzrhythmus, sind nichts als Warnungszeichen, daß Noblenfaurebader bedenklich sein würden. Diese Symptome nehmen bei ihrem Gebrauch noch zu, während eine Reihe anderer Mittel, z. B. Abreibung mit Branntbeinwachs, höher temperierte Salzbäder, Umschläge von Zimmertemperatur u. a. meist von vorzüglicher Wirkung sind. Die Noblenfaurebader geben hinsichtlich ihrer Verwendbarkeit mit dem Digitalis parallel. Wie dieser idiotische Wirkungen zeitigt, sind auch jene nicht am Plateauüberleitung und ließ auch bei kompetenten Herzschlagfehlern. Auch die Art der Anwendung der Noblenfaurebader ist bisweilen nicht die richtige. Häufig treten Misserfolge auf, weil der Arzt auf die Kur nicht entsprechend vorbereitet wird. Es ist zweckmäßig, einige indirekte Sohlenbäder vorangehen zu lassen. Auch zu hohe oder zu niedrige Temperatur des Sohlabades ist für die Wirkung von großem Belang. Äußere Bäder wirken stärker als warme. Es empfiehlt sich daher, mit 34 Grad Celsius zu beginnen und von Wärme zu Wärme um je einen Grad herabzugehn bis zur unteren Grenze von 25 Grad. Auch die Dauer der Bäder darf vielleicht zu hoch bemessen. Wenn man mit 8 Minuten beginnt und bis 15 Minuten geht, so durfte das richtig getroffen sein. Bäder von 25 bis 30 Minuten sind entschieden zu lang. Auch dari man nicht vergessen, zu reichliche Einatmung der Noblenfaure zu verbüten, indem man eine Teste über die Wanne lebt. Somit ist eine ganze Reihe von Vorrichtungsmaßregeln beim Gebrauch der Noblenfaurebader anzuerklären.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Eine gemeinschaftliche Versammlung des Personals der Stäatenhäuser Moabit und Friedrichsberg am 11. Februar in der "Brauerei Pavenhofer", Tschirnhausstrasse. Vorsitz Agnes Kahnwald sprach über "Die sozialen Pflichten des Pflegepersonals". Den Besammlungen den Beifall fanden folgende, der nun befindet im Beruf des Pflegepersonals habe, erläutert. Besonders ist in vorsichtiger Weise die finanzielle Lohn- und Dienstverhältnisse, denen unsere Berufsfreunde ausgesetzt sind. Es sei einzige Pflicht, nach dem Beispiel der abigen Arbeiterschaft hier zu organieren, um hier andere Verhältnisse zu schaffen. Keiner Betrieb beloete die Medizin für ihre vorzülichen Ausführungen. An der Diskussion rückte ein Kollege verschiedene Methoden der umfassendes Betriebserhaltens hervor. Besonders wurde über die manchmal mit Mitleid geführte, die tres der Kommunale in letzter Zeit noch immer nicht bessert geworden sei. Mitleid alleiner zeigte, wie wenig Wertschätzung fehlt von Staats und Gemeindebehörden bedacht werden, wenn es gilt, ihre Betriebe zu Pflegerbetrieben für die Arbeiterschaft zu gestalten. Die Privatindustrie sei in der Entlohnung der Arbeiter den Kommunalen voraus. Am schlechtesten würden die Angehörigen der Stäatenhäuser und Gesundheitsanstalten entlohnt. Der beste Beweis dafür, wie schlecht unsere sozialen noch organisiert seien; denn es besteht nun einmal die Erfahrung, daß, wo die Arbeiterschaft sehr vereinigt ist, auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser sind. Nachdem noch einmal zum Ausbau unserer Organisation aufgefordert wurde, erfolgte Zahlung der Versammlung. Mehrere Aufnahmen in unseren Verband war der erzielte Abschluß.

Schöneberg. Am 31. Januar und 17. Februar fand die für das Personal des Auguste-Viktoria-Krankenhauses zwei Versammlungen statt. Soziale Zettel referierte über: "Warum müssen sich die Angestellten des A. V. K. eine Vertretung im Arbeiterauskunftsverband?". In jenen Ausführungen und Reden auf einige Rückfragen wurde im Krankenhaus vertheidigt, ein Ansbediente unterwarf er die neue Hans- oder Arbeitsordnung einer kritischen Prüfung. Durch diese Erörterung werden alle Angestellten, gleichviel, ob Pflege- oder Haushaltspersonal oder Kaufleute, in das Dienstbotenverhältnis eingewandt. Höhe Zeit ist es, daß der Willkür, welche durch eine falsche Arbeitsordnung den Borgeleuten beigegeben ist, ein Ende bereitet wird. Dieses kann dadurch geschehen, daß die Angestellten eine Vertretung in dem für die Arbeit der Stadt Schöneberg bestehenden Arbeiter-Auskunftsverband bekommen. Unter dem Umstände, daß aber der Arbeiter-Auskunftsverband nur dann eine legitime Tätigkeit ausüben kann, wenn ihm durch eine gute Organisation der Kunden gestattet ist, selbst bei Reklamationen mit großem Detail aufzugeben, muß fortgegangen werden. Alle Reden sprachen jedoch in der Diskussion um Einigungsversuch aus. Daß es den Mollegen und Molleginnen ernst ist, unter-

Vorbesprechung ihrer Lage zu schaffen, beweist, daß die Organisation in letzter Zeit mehr und mehr zugenommen hat. Hoffen wir, daß es in absehbarer Zeit gelingt, alle uns noch denkenden ebenfalls mit die Erneuerung zu bekommen.

Rundschau.

Standesverein. Ein Kollege schreibt uns u. a. zu Nr. 3 der „Deutschen Sanitätszeitung“ folgendes Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13. Januar d. J. Standesverein in dieser Versammlung des Artikel unseres Kollegen Sch. in der „Sanitätswarte“ „Kreis“ vorneben von C. Wolter. „Zo lebt und wächst im charakteristischen Weise angegriffen.“ Der Inhalt des Art. steht. Wir wollen den Herren Molligen nicht recht pañen. Wir können Ihnen nur sagen, daß wir die Kreisgemeinschaft sehr mit dem Ton einverstanden sind. Es kann nur man soviel genug der Ton eingedrungen werden. Den aber sind das nur ganz kleine Abstülpungen demgegenüber, wie man uns in den Krankenhausunterlagen anführt. Behandelt. Das wird jeder Molligen selbst wissen. Am übrigen müssen die „Herren“ Molligen vom Standesverein schon uns überlassen, wie wir unseren Ton bestimmen. Wir können zwar ausdrücken, daß Ihnen auch noch der Charakter und Ton des Art. sondern die ganze „Sanitätswarte“ ideer, recht schwer im Magen liegt! Aber was wird Ihnen das nutzen? Nichts! Denn unsere Bewegung läuft nach und nach schönen Wörtern voran. Wir wollen daher eben von den Standesvereinen aber werden sie von dieser Zeit wohl nicht kommen. Nur die Autunten können sich auf die „Herren“ Molligen solche Anrempelungen sparen. G. A. Tagu meinten von mir bemerkt, daß es uns kaum lohnend erscheint, auf solch ein „Standesvereins“ Protokoll einzutreten. Wenn die ich nicht „Herren“ Molligen betrachten standvoll Standesvereinen nur weiter ihr müderes Potenzial gegenfließen. Von den leitenden Personen meinetwegen war keinen Beifall, und diejenigen Molligen, denen wirktlich die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen am Herzen liegt, werden über kurz oder lang in unserer Reihen landen.

Bekämpfung der Tuberkulose. Am Stadtvorstandtagen in München kam fürzlich ein Antrag Dr. Wader zur Verhandlung: „Der Magistrat München sollte im Verein mit anderen Städten Rahmen die bauende Regierung und die Landesvertretung um Gewährung ausreichender Mittel zur Errichtung einer Poliklinik der Tuberkulose erläutern und eigene Pavillons in Angliederung an die Krankenhäuser zur gesonderten Unterbringung Tuberkulöser errichten.“ Dr. Wader referierte über diesen Antrag und empfahl, dessen ersten Teil dem Magistrat zur Ausführung beizubringen. Die Gemeinde allein sei nicht in der Lage, den Kampf gegen das Menschenleid, die Tuberkulose, woffin durchzuführen; der Staat müsse anstreben und Maßnahmen treffen, die in anderen Ländern schon verwirklicht sind. So sollen Tuberkulose-Vehren unter Aufzähnung der Kostenprämien aus dem Staat finanziert werden, Tuberkulosen soll es unterfangen sein, im Rahmen eines Gesetzes eine solche zu sein; das Verkehrsministerium soll zum Transport Tuberkulöser eigene Sanitätswagen zum Zugang entstellen; das Spitätsverbund soll ausgedehnt und die Bekämpfung im Zuge der Verbesserung der Proletarierbedingungen abgelenkt werden, daß die Arbeit soll eine Auszeitperiode erhalten werden, damit Tuberkulose aus ihren verschwundenen Höhlungen genommen und ihre Kammern mitglieder vor Entfernung bereitstehen. Dr. Wader ergänzte die Ausführungen des Referenten. Die Angepegnheit ist sehr wichtig; mit wo sie besteht, tanzt die Desinfektion der Wohnungen (3. P. bei Wohnungsmittel) richtig durchgeführt werden. Auch bei der Räumungsmittelbrände sollen tuberkulose Prüfgeräte nicht verwendet werden. Dr. Lehmann (Soz.) Trotz der bisherigen Erfolglosigkeit des Staates müssen aber immer wieder Versuche gemacht werden, die Staatsstelle mobil zu machen, wobei, wenn sie gefestigt wird, darauf zu sehen ist, daß die Gemeindewirtschaft nicht beeinträchtigt wird. Ein wichtiger Punkt in die Entfernung Tuberkulosen ist die Errichtung einer Poliklinik, eine Maßnahme, die freilich finanziell viel erfordert wird. Unter den Parochialverlagen schreibt er in die Zahl der durch Tuberkulose betroffenen Todesfälle sehr hoch. Die liberale Majorität wurde aber große Augen machen, wenn sie an Zelle der Parochialverlagen Schwerpunkt anderer Pflegepersonal in den Krankenhäusern verordnen möchte. Und doch wird dies einmal notwendig machen. Man erkennt (Soz.) sehr an Dr. Wader soll den ersten Teil seines Antrages erneutern und den Deutschen Städteetag auffordern, jid auch auf das gleiche zu reagieren. Es ist ein großer Fehler der Regierung, daß die Krankenhäuser nicht vorbereitet worten, sondern nur Mittel anzuordnen dürfen, um bereits vorhandene Zahlen zu heilen. Da Krankenhäuser für Staat, Gemeinde und Unternehmertum liegt, aber vorne, pro phantastisch radikal zu urteilen, daß die Arbeit verunreinigt,

der Lohn verbessert, alle sozialen Einrichtungen gefördert werden. Ebenso muß der Arbeitsmarkt geöffnet werden, um durch Erhöhung besserer Arbeitsbedingungen zur Bekämpfung der Tuberkulose weit mehr getan als Staat, Gemeinde und Unternehmertum. In der weiteren Debatte wird man auch daran denken, daß die Gewerkschaftspresso beliebtes Mittel über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung bringt und bei der Stadtverordnetenversammlung zu loben ist. Die Gemeinde sollte sich über einen ehrlichen Entschluß setzen, wenigstens einen Grund zur Errichtung eines Krankenhauses festzustellen. In dem die Arbeiterstädtische Verhandlungen ohne Arbeitgeberwahl abholten konnten. Dr. Siegl ergänzte in seinem Sitzungsbericht den unten genannten idealen Entschluß, er wolle auf die Faule des Verwaltungsausschusses der Parochialverlagen hinweisen, der die Befreiung der Gewerkschaften hat und meinte dann, „daß über die Befreiung gewerkschaftlicher Gewerkschaften nicht habe, lassen Sie es den Parochialverlagen Gewerkschaften nicht bei der planmäßigen Erhebung beweisen, sondern treten Sie in die Tat ein.“ Der Antrag des Ausschusses wurde dann einstimmig angenommen. Von beiden leider allen Zuhörern zu der Erörterung darf trotz aller wohlwollenden Reden nichts darüber verstanden in die Tat umsetzen werden.

Stadtverordnetenversammlung. Dem Menschen ist es sehr wichtig, zu Würden nicht, so leicht die Menschen Vor- und langen Jahren mancherlei tot, von dem die preußische Polizei mache weg. Die Jahre nach Kaiserreich, die Zonen für bauliche Einbildung der Bevölkerung haben den Zaun, in dem der Polizei-Bogen feinen steigt, um auf Wiederherstellung des guten alten Friedens wieder zu stehen zu müssen. In den letzten Jahren nun wurde der preußische Polizei-Bogen fast ausnahmslos aus diesem Zaun herunter. Es gelangte nämlich endlich eine einzige Ausgabe an die Polizei über Gewaltmaß befehlender Natur im Karlsruher Hofbad Weinheim gestellt, die Polizei nicht entsprechend so bedeutend beschäftigt werden kann, hatte es auch ihr nicht entsprechen können, daß andere Gewerkschaften die sogenannten alljährlichen Geschäftsfeste seit Landesfest in diesem Vorjahr eine besondere Stütze am Bettendamm ihrer vereinigten Gewerbe achteten hatten. Sie hatte da nur einmal einen soeben abgetragenen Badearmrest zu lange branzen, um einen guten Einstand zu erhalten in das Treiben von unten, die zu den edlen und besten Gewerken des deutschen Volkes gehören sollten. Aber die Polizei war eben zu sehr anderweitig beschäftigt, zeigt in sie gleich keinen bestimmten Haftbaude auf die Arbeit antragen können, und von einerseits, was bei der herverrichteten Illusorietätigkeit des hiesigen Polizei-ingenient nicht ausbleiben kann, daß die Arbeit nur unzählbares verloren geht, und die Polizei hat, daß dabei einiges dem Herrn Polizeipräsidenten besonders gut bekanntes Wild mit ergötzt wird. Wie es weiter heißt, hat sich der Regent durch den Polizeipräsidenten v. d. Horste über den Fall Berndt errichten lassen. Der Regent will wohl Auflösung und hat sofort seine weiteren Befehle des vorherigen eingefüllt. Auch neuen Materialien ist Preis-Zentrale nobeleide haben, das Hofbad zu machen.

Regierungssiegel des Apothekenvereins. Die chemisch-pharmazeutische Großindustrie hat im Laufe der letzten Jahrzehnte den Apothekenbetrieb die Herstellung der Arzneimittel und gale medica Präparate, die nach dem deutschen Arzneibuch jederzeit vorrätig gehalten werden müssen, in neuerem Maße aus der Hand genommen, so verfügt die Apotheker heute mit nahezu allen Fertigkeiten, eingeschränkt, Zutaten, chemischen Dyes und Pulvern usw., deren Zubereitung früher ausschließlich den Apothekerbüroen obliegt. Zeitens der Apotheker, die sich dadurch erneut als „apothekner handeln“ bezeichnet fühlen und anerkannt werden, als zulässige Vor- und Wirkung die volle Verantwortung für diese Präparate tragen, obgleich sie nie selbst hergestellt haben, liegen bereits verfaßte, auf eingehender Überprüfung ihrer Laboratorien gerichtete Anträge vor. Wie die Tagespresse mitteilt, ist unabhängig von dem im Entwurf vorliegenden Reichsapothekenfonds eine gelegte, die Zulassung der Arzneimittel im den Umfang des Reiches gleichmäßig neuende Regelung vom Bundesrat in Aussicht genommen.

Eine Wurfbahn für Berliner Krankenhausverwaltung. Die Berliner Krankenhausverwaltung bestätigt, wie die „Deutsche Alteidere Zeitung“ mitteilt, dem Beispiel der Militärbehörden zu folgen und für die Krankenhäuser der Stadt Berlin eine eigene Wurfbahn zu errichten. Die Lieferung der Wurfbahn wird zwar nach wie vor Alteidern übertragen werden; diese sollen aber gehalten sein, sie in den von den Krankenhäusern unterhaltenen Raumabfertigungen unter Aufsicht zu führen.



Briefkasten.